

Die Arbeit des OSZE-Büros in Baku: Der Zukunft entgegen mit einem gemeinsamen Ziel

Das OSZE-Team im südkaukasischen Aserbaidschan, einem Land, das von einem hohen Entwicklungstempo und Ölreichtum geprägt ist, besteht aus sechs internationalen Experten für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaft und Medien und zwölf einheimischen Mitarbeitern, die profunde Kenntnisse in allen für die vielseitigen Aufgaben des Büros relevanten Bereichen mitbringen. Gemeinsam sind sie so in der Lage, das Gastgeberland bei seinen Bemühungen um die Erfüllung der Prinzipien und Verpflichtungen, die OSZE-Teilnehmerstaaten einhalten müssen, zu unterstützen. Das Büro ist noch relativ jung; es besteht erst seit etwas mehr als sechs Jahren und befindet sich seit seiner Eröffnung im ständigen Wandel. Dieses Jahr war in dieser Hinsicht keine Ausnahme und man kann sagen, dass es bislang zweifellos das bei weitem arbeits-, aber auch erfolgreichste war.

Bei der Erfüllung seines Mandats, die Implementierung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in allen Dimensionen zu fördern, konzentriert sich das Büro vorrangig auf Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Es verfolgt Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Prinzipien und Verpflichtungen genauestens, kommentiert sie und befindet sich im ständigen intensiven Dialog mit den zuständigen Behörden.

Das Büro bemüht sich, die Erfüllung der Verpflichtungen durch Unterstützungs- und Koordinierungsmaßnahmen, die Organisation entsprechender Veranstaltungen und, besonders wichtig, die Planung und Durchführung von Projekten zu fördern. Dazu erarbeitet es gemeinsam mit den Behörden konkrete, zielorientierte Aktionspläne.

Von der Reform des Justizwesens über die Diversifizierung der Wirtschaft, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, Polizeiausbildung, Umweltstrategien und die Gleichstellung von Frauen und Männern bis hin zur Hilfestellung bei Wahlen und der Bekämpfung von Terrorismus hat das OSZE-Büro Aserbaidschan seine uneingeschränkte Unterstützung angeboten und so eine Partnerschaft aufgebaut, die sich bewährt hat.

Die politisch-militärische Dimension

Unterstützung der Polizeientwicklung

In vielen Ländern und Regionen, so auch im Südkaukasus, hemmen kriminelle Netzwerke, Korruption und Einschüchterung nach wie vor Fortschritte in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die neuen Staaten haben

zwar neue Grenzen geschaffen; diese hindern Verbrechersyndikate jedoch kaum an der grenzüberschreitenden Ausübung ihrer kriminellen Aktivitäten. Die Länder in Zentralasien und im Südkaukasus sind alle, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, von den aufkeimenden globalen Bedrohungen betroffen, die von Drogen, grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus ausgehen. Ihre Polizei muss daher in die Lage versetzt werden, diese mit international aufeinander abgestimmten Mitteln in einem korruptionsfreien Umfeld zu bekämpfen.

Seit 2003 führt das OSZE-Büro in Baku sein Polizeiunterstützungsprogramm durch. Es beruht auf den Empfehlungen von Experten, die im Zuge einer umfassenden Bedarfsermittlung erarbeitet wurden.

In Absprache mit dem aserbaidischen Innenministerium wurde die Polizeischule als hauptsächliche Fördereinrichtung des Polizeiunterstützungsprogramms ausgewählt. Eine Aufgabe der Polizeischule ist die Veranstaltung von Einführungskursen für Polizeianwärter für den einfachen Dienst. Die Kurse bestehen aus einem viermonatigen theoretischen Unterricht und einer zweimonatigen praktischen Ausbildung in einem Polizeirevier, dem der Polizeianwärter in den meisten Fällen nach Abschluss des Kurses zugeteilt wird. Die Aufgaben von Polizeibeamten im einfachen Dienst beschränken sich zwar zumeist auf den Streifendienst zur Verbrechensvorbeugung und -abschreckung; gerade sie sind es jedoch, die den häufigsten und engsten Kontakt zur Bevölkerung haben.

Der theoretische Teil besteht aus insgesamt 588 Unterrichtsstunden in 16 Hauptgebieten der Polizeiarbeit. Die Belegschaft der Polizeischule umfasst 49 Mitarbeiter, die sich aus Polizeibeamten, Lehrkräften und Verwaltungspersonal zusammensetzen. Jährlich durchlaufen bis zu 1.200 Polizeischüler den Einführungskurs.

Die Polizeischule verfügt über 15 einfache Klassenräume, sechs Fachunterrichtsräume, eine Turnhalle, einen Konferenzraum, eine Bibliothek, ein separates Gebäude zur Unterbringung der Polizeischüler sowie Innen- und Außenschießstände. Als das Polizeiunterstützungsprogramm begann, befand sich das Hauptgebäude in extrem schlechtem Zustand. Die Betonwände hatten große Risse, die Holzfußböden waren verzogen, Treppen bröckelten und die Decken wiesen starke Wasserschäden auf, was Zweifel an ihrer Tragfähigkeit aufkommen ließ. Nur in wenigen Klassenräumen gab es Steckdosen, alle Räume waren düster und schlecht beleuchtet. Es gab weder Heizung noch Klimaanlage in den Wohn- und Unterrichtsräumen, was angesichts der örtlichen Klimaverhältnisse (bis zu 40° C im Sommer und 0° C bei 90 Prozent Luftfeuchtigkeit im Winter) für schwierige Unterrichtsbedingungen sorgte. Die Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln wie Computern, visuellen Unterrichtsmedien oder anderer technischer Ausrüstung war nicht sinnvoll, solange nicht die Grundausrüstung mit Möbeln sichergestellt war, die wiederum erst nach einer zumindest notdürftigen Sanierung und Renovierung

der Räumlichkeiten und der Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse für Unterricht und Unterbringung in Angriff genommen werden konnte.

Zur Umwandlung der Polizeischule in eine funktionstüchtige Einrichtung mit modernen und effektiven Unterrichtsmethoden finanzierte das OSZE-Büro die wichtigsten Sanierungs- und Renovierungsarbeiten in und an den Gebäuden, darunter die Errichtung eines neuen Daches, der Einbau einer neuen Heizungsanlage, die Anschaffung zweier mobiler Waschräume für die Sporteinrichtungen sowie die vollständige Renovierung zweier Stockwerke im Unterrichtsgebäude der Schule.

Die Schule wurde 2004 und 2005 komplett renoviert. Heute sind alle Klassenzimmer mit Mobiliar ausgestattet. Zwar fehlt nach wie vor ein Schlafrakt für die Schüler, der Unterricht kann jedoch nun immerhin in einer lernförderlichen Umgebung erfolgen.

Das OSZE-Büro hat dem Herzstück der neuen Schule, der Bibliothek, mehr als 2.000 Bücher, Computer und weitere Ausrüstung zur Verfügung gestellt.

Mit Vertretern der Polizei wurde ein Lehrplan nach den Prinzipien moderner bürgernaher Polizeiarbeit vereinbart. Ausbilder der Polizeischule nahmen an einem erstmals durchgeführten offiziellen, von der staatlichen Polizeiakademie der Tschechischen Republik angebotenen Lehrerausbildungskurs teil, der die Polizeiausbildung in Aserbaidschan auf internationales Niveau angehoben hat. Unterdessen wurden für den Einführungskurs Lehrpläne erstellt; er wird ab dem Sommer 2006 von den kürzlich geschulten Lehrkräften abgehalten, die dabei von Mentoren aus der Tschechischen Republik unterstützt werden.

Die Stadt Baku erhielt außerdem Hilfe in Form der Einrichtung eines zentralen Servers und von Computerverbindungen zur zentralen Datenbank, damit Polizeibeamte der städtischen Polizeireviere Straftaten zügig und effizient aufnehmen und untersuchen können. Dieses Projekt wird von einer für die Öffentlichkeit zugänglichen Website ergänzt, die Informationen über den Polizeidienst und die Rechte der Bürger sowie Ratschläge zu einer Reihe von polizeirelevanten Fragen bereitstellt. Dieser Service, der erste seiner Art, soll auf die ländlichen Gebiete ausgeweitet werden, da die Öffentlichkeit über Internet-Cafés zunehmend Zugang zum Internet hat.

Vernichtung toxischen Raketentreibstoffs und Sanierung von Lagerstätten

Mélange ist nicht nur eine Wiener Milchkaffeespezialität, sondern auch eine äußerst instabile und explosive Raketentreibstoffkomponente, die dringend neutralisiert werden muss. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR verblieben große Bestände auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetrepubliken. Aserbaidschan kann wie viele andere OSZE-Teilnehmerstaaten dieses Problem nicht allein lösen, da ihm die notwendigen technischen, materiellen und finanziellen Mittel dafür fehlen. Um mögliche Gefahren für die Gesundheit der Einwohner und für die Umwelt durch *Mélange* zu beseitigen, unterstützte das

OSZE-Büro in Baku den Start eines Projekts, das technische und finanzielle Hilfe zur Sanierung zweier Lagerstätten in Aserbaidschan zur Verfügung stellen soll. Eine internationale Expertengruppe ist inzwischen nach Aserbaidschan gereist, um geeignete Methoden für die Sanierung der Lagerstätten zu ermitteln und festzustellen, welche technischen und finanziellen Mittel erforderlich sind. Das Vorhaben hat im Juni 2006 begonnen.

Terrorismusbekämpfung

2005 wurde die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline offiziell in Betrieb genommen. Das Ereignis fiel mit dem Beginn eines Unterstützungsprojekts des OSZE-Büros zur Schulung der Pipelineschutztruppe der aserbaidschanischen Armee zusammen, bei der die Soldaten mit den völkerrechtlichen Grundlagen ihrer Rechte und Pflichten vertraut gemacht wurden. Ähnliche Schulungen wurden landesweit auch im Rahmen des Gemeindeprogramms in ländlichen Zentren durchgeführt.

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Prozessbeobachtung

Mit dem Ziel, die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern, haben sich die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu verpflichtet, internationale Prozessbeobachter zuzulassen. Vor diesem Hintergrund führten das BDIMR und das OSZE-Büro in Baku zwischen November 2003 und November 2004 in Aserbaidschan ein Prozessbeobachtungsprogramm durch. Das Projekt diente gleichzeitig der Aufarbeitung der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2003. Die Wahlen hatten in Baku gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstrantengruppen ausgelöst, die gegen Wahlbetrug protestierten. Der Gewaltausbruch zog rund 600 Verhaftungen nach sich. Schließlich wurden 125 Personen, darunter viele prominente Oppositionsführer, im Zusammenhang mit den Gewalttaten vor Gericht unter Anklage gestellt. Alle Gerichtsverfahren wurden im Rahmen des Programms beobachtet, um zu überprüfen, ob sie in Übereinstimmung mit nationalem Recht und internationalen Verpflichtungen geführt wurden. Das aserbaidschanische Recht gewährt alle Rechte und Schutzbestimmungen, die zur Durchführung fairer Gerichtsverfahren nach internationalen Standards erforderlich sind. In den fraglichen Verfahren blieben diese Rechte jedoch nicht immer gewährt. Anfang Februar 2005 wurden der aserbaidschanischen Regierung anlässlich des Besuchs des BDIMR-Direktors, Botschafter Christian Strohal, in Baku die im *Trial Monitoring Report* zusammengefassten Ergebnisse des Projekts vorgelegt. Im Zuge der Diskussion des Berichts vereinbarten die OSZE und die aserbaidschanische Regierung, einen Dialog über eine intensivere Zu-

sammenarbeit bei der Justiz- und Rechtsreform und insbesondere über die Umsetzung der im *Trial Monitoring Report* enthaltenen Empfehlungen aufzunehmen. Das Büro nahm auch an Beratungen mit hochrangigen Regierungsvertretern über mögliche Schritte zur Lösung der im Bericht aufgeworfenen Probleme teil.

In der zweiten Phase des Prozessbeobachtungsprogramms führte das OSZE-Büro in Zusammenarbeit mit dem BDIMR in Warschau die vereinbarten Gespräche über die Ergebnisse des *Trial Monitoring Report* und über die Umsetzung seiner Empfehlungen mit Vertretern der aserbaidischen Regierung.

Unterstützung und Entwicklung des aserbaidischen Verfassungsgerichtshofs

Das OSZE-Büro setzte seine Unterstützung für den Verfassungsgerichtshof fort, indem es an der Erarbeitung von Verfahrensregeln für die Leitung und Verwaltung des Gerichts mitwirkte. 2004 hatte es den Gerichtshof bereits dabei unterstützt, die Bearbeitung individueller Verfassungsbeschwerden zu verbessern.

Das Büro konnte den ehemaligen Sekretär der VN-Menschenrechtskommission und Präsidenten der Menschenrechtskammer am Verfassungsgerichtshof Bosnien und Herzegowinas, den Richter Jakob Möller, dafür gewinnen, von Ende April bis Anfang Mai ein zweiwöchiges Programm durchzuführen, das beide Aspekte behandelte und dem aserbaidischen Verfassungsgerichtshof dabei helfen sollte, sowohl effektivere Verfahrensregeln zu erarbeiten als auch die Bearbeitung von individuellen Verfassungsklagen zu verbessern.

Darüber hinaus startete das Büro in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgerichtshof und einem örtlichen Implementierungspartner ein umfangreiches Programm zur Aufklärung der Bürger über Berufungsmöglichkeiten beim Verfassungsgericht. Obwohl Anfang 2005 eine Gesetzesänderung in Kraft getreten war, die es auch Einzelpersonen ermöglicht, direkt das Verfassungsgericht anzurufen, war von dieser Möglichkeit praktisch kein Gebrauch gemacht worden, da die Bevölkerung in den Landesregionen nicht über das Verfahren aufgeklärt worden war. Das Programm bestand aus Vorträgen und praktischen Übungen, die in allen Landesteilen angeboten wurden. Einheimische Rechtsanwälte erarbeiteten darüber hinaus im Auftrag des OSZE-Büros eine Broschüre, in der die besonderen Voraussetzungen für Verfassungsbeschwerden erläutert werden. Das Projekt wurde durch außerbudgetäre Zuwendungen Deutschlands ermöglicht.

Berufliche Weiterbildung von Richtern und Staatsanwälten

Im April 2005 organisierte das OSZE-Büro drei Seminare für Richter, Staatsanwälte und Verteidiger zum Thema „Herausforderungen für Transformationsgesellschaften bei der Implementierung von Standards für faire Gerichtsverfahren“. Jede der Berufsgruppen war gleichmäßig in den Seminaren vertreten, einschließlich Vorsitzender Richter und des kürzlich ernannten Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs. Zwei Experten der Abteilung zur Überwachung des Justizwesens der OSZE-Mission im Kosovo berichteten über ihre Erfahrungen. Ziel der Seminare war es, Juristen mit den Problemen vertraut zu machen, die im Kosovo bei der Umsetzung internationaler Standards für faire Gerichtsverfahren aufgetreten waren, da diese möglicherweise auf Aserbaidschan übertragbar sind. Ein weiteres Ziel war es, den Teilnehmern die Möglichkeit zu bieten, über die Justizreform in Aserbaidschan zu diskutieren und sie mit der anderer Länder oder Regionen, die ebenfalls eine Transformations- und Reformphase durchlaufen, wie z.B. in Südosteuropa, zu vergleichen.

Transparenz der Tätigkeit der neu gegründeten Anwaltskammer

Das OSZE-Büro beobachtete die Tätigkeit der neuen Anwaltskammer und das Aufnahmeverfahren für neue Mitglieder. Es setzte sich für die Aufnahme von Rechtsanwälten ein, denen die Mitgliedschaft verweigert worden war.

Am 14. März 2005 veröffentlichte das Büro zusammen mit dem Bakuer Büro der Zentraleuropäischen und eurasischen Gesetzesinitiative der Amerikanischen Anwaltskammer (*American Bar Association's Central European and Eurasian Law Initiative*, CEELI) einen gemeinsamen Bericht über die Lage der Rechtsanwälte in Aserbaidschan. Er beleuchtete die kritische Situation dieses Berufsstands in Aserbaidschan, hob die besondere Bedeutung des Themas hervor und forderte die Regierung des Landes auf, sich mit dem Problem auseinander zu setzen.

Das Büro und CEELI gaben Empfehlungen zu den schwerwiegendsten Problemen ab, die behoben werden müssen, und setzte sich u.a. für die Öffnung der aserbaidschanischen Anwaltskammer für alle praktizierenden Rechtsanwälte ein sowie für die Möglichkeit, die Zulassungsprüfung für Rechtsanwälte zu wiederholen, insbesondere für diejenigen Kandidaten, die aufgrund unsinniger bürokratischer Hürden an der Teilnahme gehindert wurden. Das Büro hat ähnliche Bedenken schon häufig in Diskussionen und Presseerklärungen sowie im oben erwähnten *Trial Monitoring Report* gegenüber Regierungsvertretern zur Sprache gebracht. Mit dem Bericht über die Lage der Rechtsanwälte in Aserbaidschan legte das Büro einen Leitfaden dazu vor, wie die Lage dieses Berufsstands in kurzer Zeit erheblich verbessert werden könnte.

Am 16 und 17. Juni 2005 veranstaltete das Büro eine gut besuchte Konferenz zum Thema „Die Anwaltschaft: Internationale Standards und die Realität“ über die Arbeit der aserbaidischen Anwaltskammer und bewährte Praktiken in anderen europäischen Ländern, die große Beachtung in den Medien fand. Aserbaidische Anwälte diskutierten Mängel im Aufbau der nationalen Anwaltskammer wie z.B. das Zulassungsverfahren und befragten die teilnehmenden Vorsitzenden der Anwaltskammern Frankreichs, Georgiens, Russlands, der Türkei und der Ukraine zu deren Vorgehen bei der Lösung allgemeiner Probleme.

Die Präsidialverwaltung brachte Änderungen zum Anwaltsgesetz im *Milli Madschlis* (Parlament) ein, die dort verabschiedet wurden und am 6. August 2005 in Kraft traten. Kurzum: Alle zugelassenen Anwälte, die bislang von der Kammer nicht aufgenommen worden waren, wurden vom Zulassungsausschuss der neuen Kammer als Mitglieder zugelassen, ohne eine Prüfung ablegen zu müssen. Obwohl noch viele Probleme zu lösen sind, hatte die Unterstützung der Reform der Anwaltskammer zumindest greifbaren Erfolg.

Überwachung des Strafvollzugs

Das Büro förderte die Reform des Strafvollzugs in der Republik Aserbaidisch durch die Entwicklung eines Überwachungsmechanismus und den Aufbau der Kapazitäten von NGOs, so dass diese eine wirksame Überwachung leisten können. Darüber hinaus hat es gemeinsam mit anderen diplomatischen Vertretungen mehrere Gefängnisse besucht, insbesondere um sich ein Bild von den Haftbedingungen einiger bekannter Oppositionsführer zu machen, aber auch um weitere Besorgnis erregende Fälle im Auge zu behalten.

Schulungsprogramm zur Stärkung der Funktion von NGOs als Interessenvertreter

Das OSZE-Büro entwickelte ein Schulungsprogramm, mit dem im Rahmen von Workshops möglichst viele Mitarbeiter von NGOs erreicht werden sollen. Die Schulungskurse behandelten ein breites Spektrum von Fertigkeiten und Konzepten zur Interessenvertretung, z.B. die Durchführung öffentlicher Kampagnen oder strategische Verhandlungsführung im nationalen und internationalen Rahmen.

Das Büro unterstützte im Rahmen des Projekts „Verhandlungskompetenz für politische Manager“ ein nationales NGO-Forum bei der Veranstaltung von Schulungskursen in den Regionen. Ziele des Projekts waren der Aufbau eines nachhaltigen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen führenden Vertretern aus Politik und Gesellschaft und die Verbesserung ihrer Fähigkeiten in den Bereichen Konsensbildung und Konfliktmanagement. Das Projekt wurde eingedenk der Tatsache ins Leben gerufen, dass viele der politischen Akteure

in Aserbaidschan nicht in der Lage sind, über Fragen, die für die Gesellschaft besonders wichtig sind, einen konstruktiven Dialog zu führen und Kompromisse zu schließen.

Die Schulungskurse in den Regionen wurden von einer Gruppe von Trainern durchgeführt, die ihrerseits am US-amerikanischen *Consensus Building Institute* ausgebildet worden waren. An jedem der Kurse nahmen rund 20 Vertreter von politischen Parteien (sowohl von Oppositionsparteien als auch der Regierungspartei), NGOs, Gemeinde- und Regionalverwaltungen teil. Sie erhielten Unterricht in Verhandlungsführung, Konsensfindung, Teamaufbau und Konfliktmanagement, dabei wurden verschiedene interaktive Methoden und Rollenspiele eingesetzt.

Bericht über das Registrierungsverfahren von NGOs

Am 11. Mai 2005 veröffentlichte das OSZE-Büro einen gemeinsam mit einer lokalen NGO erarbeiteten Bericht über das Registrierungsverfahren für nicht-staatliche Organisationen in Aserbaidschan. Der Bericht zeigt die Schwierigkeiten auf, auf die Antragsteller bei der Registrierung als NGO in Aserbaidschan stoßen, wie z.B. die Ablehnung aus nichtigen Gründen, die gelegentliche falsche Auslegung gesetzlicher Bestimmungen, die grundlose Verzögerung der Bearbeitung von Anträgen und die Erschwerung des Registrierungsverfahrens infolge seiner Zentralisierung. Der Bericht enthält konkrete Empfehlungen, u.a. die Vereinfachung des Registrierungsverfahrens durch die Reduzierung der Zahl der benötigten Dokumente. Er schlägt darüber hinaus vor, den Antragstellern mehr Möglichkeiten zu geben, in ihren Anträgen im Laufe des Registrierungsverfahrens festgestellte Mängel zu beheben, und regt die Veröffentlichung eines Leitfadens durch das Justizministerium an, der die Grundvoraussetzungen für die NGO-Registrierung beschreibt.

Das Justizministerium sagte zu, sich unverzüglich mit den im Bericht beschriebenen Problemen zu befassen. Das OSZE-Büro konnte beobachten, dass seit der Veröffentlichung des Berichts die meisten der dort erwähnten Antragsteller, aber auch viele andere inzwischen registriert wurden. Das lässt den Schluss zu, dass der Abbau willkürlicher Behinderungen von NGO-Tätigkeiten allmählich Fortschritte macht.

Studie über Jugendgerichte

Am 28. Juni 2005 veröffentlichte die aserbaidschanische NGO „Allianz für Kinderrechte“ ihren Bericht „Jugendgerichtsbarkeit in Aserbaidschan“. Es handelt sich dabei um die erste in Aserbaidschan erschienene Publikation, die sich ausschließlich mit der Jugendgerichtsbarkeit befasst. Der Bericht macht deutlich, dass die Konfrontation mit Polizei und Justiz ernste, negative und unbeabsichtigte Folgen für Kinder und ihre Familien haben kann. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Bericht liefern den Behörden die Grundlage für

eine systematische Auseinandersetzung mit den Mängeln des Justizsystems im Umgang mit Jugendlichen. Das OSZE-Büro hat mit UNICEF, Regierungsvertretern und der Allianz Gespräche aufgenommen, um Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des Berichts in die Wege zu leiten. Die Regierungsvertreter sagten zu, die Erkenntnisse aus dem Bericht zu berücksichtigen und Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Lage inhaftierter oder einer Straftat verdächtiger Kinder ins Auge zu fassen.

Unterstützung bei der Einführung eines Melderegisters

Im Juli und August 2005 ermittelte ein vom OSZE-Büro beauftragter internationaler Experte Art und Umfang der für die Einführung eines landesweiten Melderegisters in Aserbaidschan notwendigen Vorarbeiten für die Behörden. Die Studie umfasst die Datenerhebung, eine Lageanalyse, das Zusammentragen von Daten aus unterschiedlichen technischen Quellen und von verschiedenen Dienstleistern sowie die Diskussion von Alternativen mit dem Justizministerium. Die Arbeit des Experten war für notwendig gehalten worden, um es den Behörden zu ermöglichen, die finanziellen und technischen Auswirkungen der Einführung eines Melderegisters auf den Haushalt des kommenden Jahres zu ermitteln.

Das Melderegister soll als zentrale Datenbank demographische Daten z.B. für die Erstellung von Wählerverzeichnissen und Reisdokumenten oder zur Identifizierung von Personen sammeln sowie Bevölkerungsstatistiken als Grundlage für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stellen.

Das OSZE-Büro in Baku erarbeitete außerdem einen Bericht, in dem die Grundvoraussetzungen für ein solches System dargelegt und die wichtigsten Aufgaben staatlicher Stellen bei der Einführung und beim Betrieb eines staatlichen Melderegisters beschrieben werden.

Mitorganisation eines internationalen Treffens von Menschenrechtsaktivisten

Das OSZE-Büro beteiligte sich an der Organisation und Finanzierung eines internationalen Netzwerktreffens von *Human Rights House*, das vom 7. bis zum 9. September 2005 in Baku stattfand. An dem Treffen nahmen Vertreter aus allen elf Mitgliedstaaten von *Human Rights House* teil, um Strategien und Themenschwerpunkte für das kommende Jahr festzulegen. Mit der Veranstaltung sollten die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen verbessert und die gegenseitige Unterstützung und Solidarität gestärkt werden. Das aserbaidchanische *Human Rights House* mit einigen einheimischen NGOs ist erst seit etwa einem Jahr aktiv und damit eines der jüngsten Mitglieder der Organisation. 28 weitere Menschenrechtsorganisationen aus Aserbaidschan, Georgien, Russland, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Belarus und aus afrikanischen Staaten

nahmen an der Veranstaltung teil, die von der VN-Sonderbeauftragten für Menschenrechtsverteidiger Hina Jilani eröffnet wurde. Das Treffen war eine gute Gelegenheit, Menschenrechtsfragen im Vorfeld der aserbaidischen Parlamentswahlen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Zweite internationale Konferenz für junge Juristen

Das OSZE-Büro beteiligte sich an der Finanzierung der Zweiten internationalen Konferenz für junge Juristen, die vom 10. bis 12. September in Aserbaidischan stattfand und an der Vertreter von Ausbildungseinrichtungen für Juristen sowie von Organisationen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit aus Belgien, Aserbaidischan, den USA, Brasilien, Kamerun, Italien, Georgien, der Ukraine, Usbekistan, Iran, Kirgisistan, Kasachstan, Pakistan, der Türkei und Tadschikistan teilnahmen. Sie diskutierten Themen rund um die Rolle junger Juristen und über Möglichkeiten, die bestehenden Mechanismen zum Menschenrechtsschutz zu verbessern. Ein weiteres Ziel der Konferenz bestand darin, Kontakte zwischen jungen Juristen aus den teilnehmenden Ländern anzubahnen, eine breitere Diskussionsbasis über die Verbesserung der beruflichen Fortbildung von Juristen zu schaffen und bewährte Verfahren zu verbreiten. Die Konferenzteilnehmer unterstützten die uneingeschränkte Integration junger aserbaidischer Juristen in die internationale Fachwelt – ein Schritt, der der Fortentwicklung des Berufsstandes der Juristen und der internationalen Verständigung dienen soll.

Demokratisierung

Das OSZE-Büro in Baku legte 2005 vier Arbeitsschwerpunkte im Bereich Demokratisierung fest: politischer Dialog, die Parlamentswahlen im November, Gleichstellungsfragen und die Bekämpfung des Menschenhandels.

Politischer Dialog

Im Rahmen der Unterstützung weiterer Gespräche zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien brachte das Büro im Mai Mitglieder der Parteien zu einem Seminar unter dem Titel „Politik für die Zukunft – Demokratie in Aserbaidischan“ zusammen, das die Grundwerte der Demokratie behandelte. Das Treffen war der Auftakt zu einer Serie von „Dialogveranstaltungen“ und gab eine Einführung in die Voraussetzungen eines funktionierenden demokratischen Systems und die Grundregeln der Demokratie. Alle Teilnehmer einigten sich auf einen neun Punkte umfassenden Verhaltenskodex für politische Parteien. Die zweite Dialogveranstaltung fand am 12. September zum Verhältnis von politischen Parteien und Regierungsbehörden zur Versammlungsfreiheit statt. Führende Vertreter von elf politischen Parteien,

die sowohl die Regierung als auch Oppositionsparteien repräsentierten, sowie sechs Leiter regionaler Verwaltungsbehörden und drei hochrangige Vertreter von Polizei und Sicherheitskräften diskutierten u.a., an welchen Stellen Demonstrationen und Mahnwachen in Baku und in den Regionen sowie Versammlungen in der Autonomen Republik Nachitschewan und in abgelegenen Dörfern Aserbaidschans abgehalten werden dürfen. Das Seminar endete mit drei Empfehlungen: 1. eine „Demonstrationskultur“ zu entwickeln und den Dialog mit allen Beteiligten, einschließlich eines Vertreters der OSZE in beratender Funktion, zu suchen, vorzugsweise vor, während und nach jeder öffentlichen Veranstaltung; 2. vor jeder Versammlung oder Mahnwache eine besondere Vereinbarung zu formulieren, die beschreibt, wer daran teilnimmt, wann und wo sie stattfinden wird und wie sie ablaufen soll; 3. den Behörden eine Liste mit weiteren Vorschlägen für mögliche Versammlungsorte in Baku und in den Regionen vorzulegen, die mit dem Gesetz der Republik Aserbaidschan über die Versammlungsfreiheit in Einklang stehen. Eine Folgeveranstaltung zwischen der Regierung und Vertretern des Blocks *Azadliq* („Freiheit“) am 29. September scheiterte an der Weigerung der Regierung, über alternative Plätze für Demonstrationen und Massenversammlungen in Baku zu verhandeln. Das OSZE-Büro wird seine Bemühungen um den Dialog fortsetzen, vorausgesetzt die Parteien sind bereit, ohne Vorbedingungen konstruktive Gespräche aufzunehmen.

Die Parlamentswahlen vom 6. November

2005 widmete das Büro auch dem Arbeitsschwerpunkt Parlamentswahlen große Aufmerksamkeit. Es unterstützte die Umsetzung der Änderungen und Empfehlungen zum Wahlgesetz und die weitere Reform des Wahlrechts. Im Laufe des Jahres war die OSZE Gastgeber mehrerer Treffen, die der Koordinierung der Maßnahmen zur Unterstützung des Ablaufs der Parlamentswahlen dienen sollten. Die Konferenzteilnehmer, Repräsentanten der in Baku vertretenen OSZE-Teilnehmerstaaten, des Europarats und der *International Foundation for Electoral Systems* (IFES), diskutierten u.a. über Maßnahmen zur Wähleraufklärung, Schulungen für Kandidaten und politische Parteien sowie die Schaffung einer einheitlich und gut ausgebildeten, aus Mitarbeitern einheimischer NGOs bestehenden Beobachtergruppe. Letzteres hätte eine Gesetzesänderung erfordert, da die Beteiligung von NGOs, die mehr als 30 Prozent ihrer finanziellen Mittel aus dem Ausland erhalten, verboten war. Das Gesetz wurde jedoch erst eine Woche vor den Wahlen geändert. Zur Information der Wähler über die Wählerregistrierung, die Prüfung der Wählerverzeichnisse und die Teilnahme an den Wahlen unterstützte das Büro Radio- und Fernsehspots, die vom Wahlbeobachtungszentrum produziert wurden. Es setzte sich für Redefreiheit und Direktübertragungen von Fernsehdebatten während des Wahlkampfes ein, die jedoch von der Zentralen Wahlkommission mit vorgeschobenen bürokratischen Begründungen regel-

mäßig verboten wurden. Mit dem Ziel, wirklich transparente und freie Wahlen zu ermöglichen, veranstaltete das Büro Treffen mit Vertretern politischer Parteien und NGOs des gesamten politischen Spektrums und trat für die Implementierung der Gemeinsamen Empfehlungen zum Wahlrecht und zur Wahladministration in Aserbaidshan ein, die vom BDIMR und von der Venedig-Kommission des Europarats erarbeitet worden waren. 2006 hat das Büro Parlamentarier dazu ermutigt, die Rechtsstaatlichkeit zu achten und verantwortliche Gesetzgebungsverfahren einzuhalten, die Entwicklung parlamentarischer Netzwerke unterstützt, die sich über Fachwissen ebenso austauschen wie über Gesetzgebungsverfahren, sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Abgeordnete, politische Parteien und andere politische Führer zum Thema Gesetzgebung durchgeführt.

Fragen zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Ein weiterer Schwerpunkt im Laufe des Jahres 2005 war die verstärkte Beteiligung von Frauen an den Parlamentswahlen als Wählerinnen, Wahlkämpferinnen, Wahlbeobachterinnen und Kandidatinnen. In Zusammenarbeit mit der Medien-NGO *Internews* produzierte das Büro eine Reihe von längeren Beiträgen und Debatten unter dem Titel „Frauen und Wahlen“, die bis zum Wahltag landesweit ausgestrahlt wurden. Das Büro begann darüber hinaus Gleichstellungsgesetze zu fördern, wie etwa das Gesetz über häusliche Gewalt und das Gesetz über die Gleichstellung von Männern und Frauen. Dieser dritte Schwerpunkt gehört zum Auftrag des Büros, den nationalen Aktionsplan der aserbaidshanischen Regierung zur Gleichstellung der Geschlechter zu unterstützen. Im Laufe des Jahres veranstaltete das OSZE-Büro in Baku mehrere runde Tische, an denen Vertreter internationaler Organisationen, Geber und Botschaftsvertreter teilnahmen und über *Gender Mainstreaming* und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis sowie über Gesetze zur Koordination entsprechender Bemühungen, zum Informationsaustausch und zur Vermeidung von Doppelarbeit diskutierten. 2006 und nach den Parlamentswahlen hat das Büro damit begonnen, Kommunikationsmechanismen für Parlamentarierinnen einzurichten, Abgeordnete, die Gleichstellungsfragen gegenüber aufgeschlossen sind, zu vernetzen und den Dialog über Frauenförderung zu pflegen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen und sicherzustellen, dass sowohl weibliche als auch männliche Abgeordnete die Rechte und Forderungen von Frauen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte berücksichtigen.

Bekämpfung des Menschenhandels

Menschenhandel ist eines der vordringlichsten und komplexesten Probleme nicht nur im OSZE-Gebiet. Jedes Jahr werden Hunderttausende Kinder, Frauen und Männer Opfer des Menschenhandels und enden in sklavereiähnli-

chen Verhältnissen. Der illegale Verkauf von und Handel mit Organen ist ein weiteres wachsendes Problem.

Aserbaidshans ist in erster Linie Ursprungs- bzw. Transitland von zum Zwecke sexueller Ausbeutung gehandelten Frauen und Kindern. Der interne Handel mit Frauen und Mädchen scheint sich ebenfalls zu einem zunehmenden Problem zu entwickeln. Das OSZE-Büro unterstützt die Bemühungen der aserbaidshansischen Regierung, diese moderne Form der Sklaverei zu bekämpfen, indem es Gesprächsrunden organisiert und konkrete Projekte fördert.

Noch bevor der harte Winter 2005 ganz vorüber war, bereitete die im Norden Aserbaidshans gelegene Stadt Guba die Eröffnung des ersten Ausbildungszentrums für gefährdete Frauen vor, das vom OSZE-Büro geplant und finanziert wurde. Das Projekt war insofern einmalig, als es sich insbesondere an junge Frauen aus den Dörfern der Region richtete, deren Berufsaussichten äußerst schlecht sind. Das Büro hatte im Rahmen einer Untersuchung des Phänomens Menschenhandel herausgefunden, dass solche Frauen eine der am stärksten gefährdeten Gruppen darstellen. Die männlichen Bewohner dieser Landgemeinden sind seit Jahren gezwungen, in den größeren Städten Arbeit zu suchen, so dass in den Dörfern die meiste Zeit über ausschließlich Frauen leben. Menschenhändler können diese Situation leicht ausnutzen; wenn die potenziellen Opfer aber z.B. zu Sekretärinnen ausgebildet werden und mit Hilfe der Bezirksregierung Arbeit finden, kann diese Gefahr verringert werden.

Nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes gegen den Menschenhandel und entsprechenden Änderungen im Strafgesetzbuch konnte mit der Umsetzung des nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, der 2004 mit Unterstützung des Büros verabschiedet worden war, begonnen werden. Im Oktober 2005 war ein Gebäude in der Nähe des Flughafens gefunden worden, das erstmals in Aserbaidshans Opfern von Menschenhandel und gefährdeten Personen eine sichere Unterkunft bieten sollte. Ende des Jahres war die Renovierung des Gebäudes mit finanzieller Unterstützung des Innenministeriums und des OSZE-Büros nahezu abgeschlossen. Parallel dazu wurden gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der US-Botschaft Vorbereitungen getroffen, ausgewählte Freiwillige, die in der Unterkunft und beim kostenlosen landesweiten Notruf arbeiten sollen, auszubilden.

Die Wirtschafts- und Umweltdimension

Kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftsentwicklung

Fehlender Zugang zu betriebswirtschaftlicher Ausbildung und zu Mikrokrediten zählen zu den größten Hindernissen für die Entwicklung kleiner und

mittlerer Unternehmen in den Regionen Aserbaidschans. Insbesondere Frauen stoßen auf große Schwierigkeiten, wenn sie sich um eine betriebswirtschaftliche Ausbildung und Mikrokredite bemühen, was ihnen die Aufnahme oder Verstärkung wirtschaftlicher Aktivitäten erschwert. Aus diesem Grunde setzt das OSZE-Büro die Ausbildung von Frauen aus ländlichen Regionen Aserbaidschans als einen seiner Arbeitsschwerpunkte fort. Von Januar 2005 an schulte die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) mit Mitteln des Büros über 200 Frauen in fünf aserbaidischen Bezirken. Im Mittelpunkt der Schulungen standen die Themen Firmengründung und Überwindung von Problemen im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit im Lande sowie die Vermittlung praktischer Kenntnisse im Bereich Betriebsmanagement, bei der Aufnahme von Krediten sowie in den Bereichen Buchhaltung und Steuerrecht.

Das Büro arbeitete angesichts der fehlenden Möglichkeiten für Frauen in den Regionen, Gründungskapital zu erhalten, auch bei der Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erstellung eines Unternehmenskonzepts für Frauen, die in den vergangenen Jahren erfolgreich Schulungskurse abgeschlossen haben, mit der GTZ zusammen. Kandidatinnen, die an mehreren Schulungskursen zur Erarbeitung von Unternehmenskonzepten – angepasst an die wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer jeweiligen Gemeinden – teilgenommen hatten, verfeinerten ihre Konzepte nach und nach für den Wettbewerb. Die Gewinnerinnen des Wettbewerbs erhielten eine finanzielle Unterstützung für die Betriebsgründung aus einem revolving Fonds, um so ihre Geschäftsideen leichter realisieren zu können.

Gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung

Die im ganzen Land verbreitete Korruption gilt als eines der Haupthindernisse für die marktwirtschaftliche Liberalisierung und für regionale Wirtschaftsentwicklung in Aserbaidschan. Sie bedroht die Entwicklung der aserbaidischen Wirtschaft in einem besonders kritischen Augenblick, da der Erdöl- und Erdgassektor in naher Zukunft große Gewinne verspricht. Zur Unterstützung des kürzlich von der Regierung verabschiedeten Programms zur Korruptionsbekämpfung veranstaltete das Büro mehrere runde Tische und Konferenzen, um das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Die Maßnahmen wurden durch außerbudgetäre Zuwendungen der Ständigen Vertretung Frankreichs finanziert. Anfang 2005 startete das OSZE-Büro in Zusammenarbeit mit dem Aserbaidschanischen Verband junger Juristen eine Serie von runden Tischen in Baku und verschiedenen Regionen zur Bekanntmachung der neuen Antikorruptionsgesetze. Zahlreiche Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft nahmen daran teil. Das Büro veranstaltete darüber hinaus eine Konferenz zum Thema „Bewährte Verfahren zur Bekämpfung der Korruption“ unter Beteiligung internationaler Experten des litauischen Sonderermittlungsdienstes und des bulgarischen In-

nenministeriums. Die gemeinsam von den Botschaften Frankreichs und der Vereinigten Staaten, USAID und CEELI finanzierte Konferenz behandelte eine Reihe von Instrumenten wie z.B. Notrufstellen in den Ministerien, Verhaltenskodizes für Ministerien, den freien Zugang zu Informationen und Antikorruptionsausschüsse. Das Büro veröffentlichte außerdem das OSZE-Handbuch für bewährte Verfahren zur Bekämpfung der Korruption in aserbaidisch-sprachiger Sprache und sorgte für dessen Verbreitung.

Das Büro förderte jedoch nicht nur die Bewusstseinsbildung, sondern unterstützte auch weiterhin die Regierung bei der Erarbeitung einschlägiger Gesetze und anderer Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, namentlich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Arbeitsgruppe zu Gesetzgebungsfragen des Antikorruptionsausschusses. Ziel der Arbeitsgruppe ist der Entwurf neuer Antikorruptionsgesetze und die Novellierung bestehender aserbaidisch-sprachiger Gesetze, um wirksamer gegen Korruption vorgehen zu können. Das Büro arbeitete in erster Linie an der Novellierung des Ethikgesetzes, um es mit internationalen Standards in Einklang zu bringen, sowie am Entwurf eines neuen Gesetzes über Interessenkonflikte und eines Unternehmensstrafrechts. Wenn diese zentralen Gesetze erst einmal vom Parlament verabschiedet sind, sollten sie das Ausmaß der Korruption deutlich senken und die Möglichkeiten verbessern, schlechte Regierungsführung und Korruption anzuprangern.

Umweltbewusstsein der Bevölkerung

Das Büro setzte seine Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Umweltinformationszentrum (Aarhus-Zentrum) und dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen in Baku fort. Das Aarhus-Zentrum verfügt über eine Bibliothek, Internetanschluss und einen gut ausgestatteten Konferenzraum und steht allen Bürgern und Organisationen offen, die sich für Umweltfragen interessieren. Auch 2005 war das Aarhus-Zentrum eine wichtige Anlaufstelle für NGO-Aktivitäten im Umweltbereich; im Laufe einer Woche nutzten durchschnittlich 75 Besucher die Bibliothek, im gleichen Zeitraum fanden im Konferenzraum über 50 öffentliche Veranstaltungen statt. Das Büro begann außerdem mit den Vorbereitungen für die Eröffnung eines zweiten Aarhus-Zentrums in Ganja. Das neue Zentrum wird ein für Umweltfragen wichtiges Bindeglied zwischen der Hauptstadt Baku und abgelegeneren, aber ökologisch heiklen Regionen im Land darstellen.

2005 startete das Büro ein einjähriges Projekt zur Entwicklung des Programms „Grüner Koffer“, eines multimedialen Umweltunterrichtsprogramms für Schulkinder in Aserbaidschan, das von BP finanziell unterstützt wird. Das OSZE-Büro arbeitete an der Entwicklung von Lernmodulen mit, die auf die Umweltsituation im Land abgestimmt und in aserbaidisch-sprachiger Sprache verfasst sind. Das Büro setzte seine Unterstützung für das Projekt auch 2006 fort. Die Projektverantwortlichen haben inzwischen damit begonnen, Lehrer

und führende Persönlichkeiten darin zu schulen, wie sie den so genannten „Grünen Koffer“¹ in den Lehrplan und ihren Unterricht einbeziehen können. 2005 setzte das OSZE-Büro zusammen mit BP, der Internationalen Finanz-Corporation und der *Eurasia Foundation* seine Unterstützung für die Energiebus-Initiative, die in Landgemeinden das öffentliche Bewusstsein für energiesparendes Verhalten erhöhen und praktische Lösungen im Bereich alternativer Energiequellen vorstellen soll, fort. Trotz beträchtlicher Öl- und Gasreserven, die derzeit erschlossen werden, herrscht in den ländlichen Regionen Aserbaidshans nach wie vor chronischer Energiemangel, der eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verhindert und in diesen Gebieten die Abholzung begünstigt. Der Energiebus ist ein mobiler LKW mit Anhänger; er informiert mit Hilfe von Schautafeln und Modellen über das Thema Energiesparen sowie über kostengünstige Alternativen und erneuerbare Energiequellen als mögliche Option für Landgemeinden; er trägt maßgeblich zur Propagierung der von der Regierung angestrebten Förderung erneuerbarer Energiequellen mit Blick auf die Sicherung der Energieversorgung bei. Der Energiebus besuchte 2005 rund 150 Dörfer und führte in den Landgemeinden Schulungen zum Thema Energiesparen und kostengünstige erneuerbare Energietechnologien durch.

Schließlich unterstützte das Büro weiterhin das gemeinsam von der OSZE und der NATO betriebene Flussüberwachungsprojekt im Südkaukasus. Im Rahmen dieses Projekts sollen Informationen über den fragilen ökologischen Zustand der Wasserressourcen des Kura-Araks-Flusssystemes gesammelt, analysiert und verbreitet werden. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Früherkennung möglicher umweltschädlicher Stoffe, so dass das Projekt auch deeskalierend bei möglichen Spannungen wirken kann, die zwischen den Anliegern im Falle absichtlicher oder unbeabsichtigter Verschmutzung auftreten könnten. 2006 trug das Büro durch die Modernisierung der Ausrüstung des Umweltforschungszentrums *AzEcoLab* zum Projekt bei. Mit der moderneren Ausrüstung kann der lokale Projektpartner ein größeres Spektrum an Schadstoffen mit zudem erhöhter Präzision messen.

Ausblick

Der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft, den Aserbaidshans mit der Erlangung seiner Unabhängigkeit vor 15 Jahren begonnen hat, ist noch lange nicht abgeschlossen. Nominell herrscht zwar Demokratie, ihr kultureller und institutioneller Rückhalt befindet sich jedoch noch im Entwicklungsstadium. Die demokratische Entwicklung ist eine der wichtigsten Verpflichtungen, die Aserbaidshans gegenüber der OSZE und der internationalen Ge-

1 Der „Grüne Koffer“ enthält Materialien für den multimedialen Umweltunterricht und wurde vom *Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe* (REC) entwickelt.

meinschaft eingegangen ist. Wenn die demokratischen Reformen jedoch Erfolg haben sollen, müssen sie mit wirtschaftlichen Reformen Hand in Hand gehen. 2006 flossen erstmals große Erdöleinnahmen in das Staatsäckel. Werden sie richtig eingesetzt, können die Öleinnahmen Aserbaidshans Entwicklung finanzieren. Wenn das Wirtschaftspotenzial des Landes entsprechend mobilisiert werden kann, können ausreichende öffentliche Mittel und gute Wirtschaftsaussichten die Lösung sozialer Probleme erleichtern und die ökonomische Basis für eine tragfähige Demokratie bilden. Die Förderung demokratischer Prinzipien sowie mehr Transparenz und Partizipation werden für die Nachhaltigkeit der aserbaidshanschen Transformation in einen wirklich demokratischen Staat von entscheidender Bedeutung sein. Aserbaidshans weiter bei der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen und einschlägige Veranstaltungen zu koordinieren und zu organisieren sowie Projekte zu erarbeiten und durchzuführen, wird auch in den kommenden Jahren Aufgabe des OSZE-Büros in Baku sein.